



R. P. No. 27.

Den 4. Dezember 1949.

Herr Bundesrat,

Die Gesandtschaft hat sich bemüht, Näheres über die Auffassung der britischen Regierung zu verschiedenen zurzeit aktuellen Fragen betr. O.E.C.E. in Erfahrung zu bringen. Wenn sich dabei auch kaum etwas wesentlich Neues ergab, so möchte ich doch unsere Informationen kurz zusammenfassen:

a) London hält weiterhin an der strikten Trennung zwischen O.E.C.E. und Strassburg fest, insbesondere nachdem nunmehr die selbständige Weiterführung von O.E.C.E. über 1952 hinaus beschlossene Sache sei. O.E.C.E. besitze eine selbständige "souveränitätsähnliche" Stellung, während dem Europarat, jedenfalls der Vollversammlung als Verkörperung der "öffentlichen Meinung", eine feste Arbeitsbasis fehle. Zwischen den Sekretariaten von Strassburg und Paris sei zwar ein direkter Austausch von "Organisationsdokumenten" geplant, doch sei z.B. die Weiterleitung einzelner Länderpapiere von Paris nach Strassburg strikte ausgeschlossen.

b) "Regionalgruppen": Nachdem der von U.S.A. gewünschte allgemeine Zusammenschluss auf wirtschaftlichem

Herrn Bundesrat M. P e t i t p i e r r e ,
Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes,
B e r n .

Dodis



Gebiete sich offensichtlich nicht auf einen Schlag erreichen lasse, bildeten regionale Gruppen logischerweise den normalen Anfang auf diesem Wege. Die Schwierigkeiten innerhalb Benelux seien noch kein Beweis, dass sich nicht vielleicht in einem grössern Rahmen ein gemeinsamer Nenner finden lasse (u.a. gegenseitige Ergänzung Belgien/Italien). Wenn es sich wohl anfänglich nur um einzelne Punkte handeln könne, so sei dies trotzdem als moralischer, bzw. optischer Anfang wertvoll.

Langfristig gesehen, sei die Einbeziehung Westdeutschlands in ein "erweitertes" Fritalux durchaus denkbar; die deutschen Stellen hätten bereits Interesse bekundet. Eine solche Ausdehnung würde jedoch der Zustimmung O.E.C.E.'s bedürfen, doch seien interne Konsultationen schon bald denkbar. Es ergab sich klar, dass London hier ein Wort mitzureden gedenkt, auch wenn die britische Auffassung noch keineswegs feststeht. Oesterreich werde sich kaum vor Abschluss des Staatsvertrages aktiv mit dieser Frage befassen. Unser Gewährsmann im Foreign Office, der die schweizerischen Probleme besonders gut kennt, wies dabei auf die Gefahr einer Umklammerung der Schweiz hin, die sich letzten Endes durch ein diskriminatorisch wirkendes Wirtschaftsgebiet umschlossen finden könnte. Verschiedentlich wurde die Frage angetönt, wie sich die Schweiz zu einer solchen Lage stellen würde, wobei man sich offenbar auch die Möglichkeit einer schweizerischen Mitwirkung, in dieser oder jener Form, überlegt.

Zur Stellung Londons zu den heutigen Bestrebungen von Fritalux, und ähnlich für die skandinavische Gruppe,

- 3 -

verwies unser Gewährsmann lediglich auf die kürzliche Erklärung Sir Stafford Cripps, "wonach die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit einer dieser Gruppen studiert werde"; unser Gewährsmann fügte hinzu "oder auch mit beiden Gruppen zugleich" ! Auch aus andern Anzeichen kann man sich fragen, ob nicht vielleicht an die Stellung eines "zugewandten Ortes" gedacht wird, womit London unter Aufrechterhaltung seiner eigenen Stellung doch Gefahr und Odium eines Abseitsstehens vermeiden würde. Anfänglich bestand in London zweifellos ein gewisses Ressentiment, indem offenbar die ersten Schritte betr. Fritalux hinter dem Rücken Londons angebahnt wurden; heute scheint London darin eher seinen Vorteil zu erblicken.

Zur Auffassung der U.S.A. gegenüber der britischen Zurückhaltung verlautet, dass die U.S.A. gegenwärtig der britischen Haltung vermehrtes Verständnis entgegenbringen, bzw. in Erkenntnis der besondern Probleme des Commonwealth diese Haltung - zum ersten Mal - sogar billigt.

Laut belgischen Informationen soll Sir Stafford Cripps die Unterstützung, eventuell sogar eine britische Beteiligung an einer europäischen Währungsbank in Aussicht gestellt haben.

c) Situation nach 1952: Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass die britische Regierung Hoffnung auf weitere direkte U.S. Hilfe, auch nach Abschluss von E.R.P. hegt. Namentlich Mr. Bevin soll sich seit seiner Rückkehr mit Sir Stafford Cripps aus Washington in diesem

- 4 -

Sinne geäußert haben; übrigens unter Kritik an den Austerity-Rezepten des Letztern. Ob es sich dabei um die Hoffnung auf neue bilaterale Hilfe nach 1952 handelt, oder über die auch in der Presse angedeutete Möglichkeit einer amerikanischen Mitwirkung zum Abbau der die britische Wirtschaft bekanntlich stark belastenden Sterlingguthaben verschiedener Dominions, etc., ist bisher nicht klar. Zu letzterer Frage verlautet, dass bereits Besprechungen mit Washington im Gange sind, u.a. mit dem Ziele einer direkten amerikanischen Dollarhilfe an "unterentwickelte Gebiete" innerhalb des Commonwealth (Punkt 4, Truman-Rede) einerseits gegen entsprechende Kürzung der Londoner Dollarvorschüsse, darüber hinaus aber auch unter langfristiger Einfrierung der sog. Sterlingguthaben (Moratorium auf 50 bis 80 Jahre).

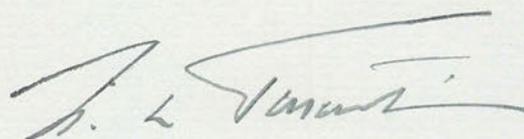
e) Andererseits soll den O.E.C.E. Ländern in den nächsten Tagen ein amerikanischer Vorschlag auf Ernennung eines besondern O.E.C.E. Funktionärs ("Ambassador at large", bzw. "superman") zugehen, dem direkt neben dem O.E.C.E. Präsidenten die Pflege direkter Kontakte zu den Mitgliederregierungen obliegen würde. Vermutlich werden Sie hierüber schon aus Paris gehört haben. -

Wie ich mich persönlich bei Regierungsmitgliedern vergewissern konnte, befassen sich Kabinettskreise zurzeit mit diesen verschiedenen Fragen. Man erhält in der Tat den Eindruck, dass sich die britische Regierung vor die

- 5 -

Notwendigkeit einer Festlegung ihrer weitem Politik auf diesem Gebiete gestellt sieht. Gleichzeitig erweisen sich zuverlässige Informationen als besonders schwer erhältlich.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'A. L. Stämpfli'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.